

Anfragen zum Plenum

in der 50. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie ihre Entscheidung begründet, sich als einziges Bundesland in der Digitalministerkonferenz gegen den auf digitale Souveränität ausgerichteten Deutschland-Stack zu stellen und gleichzeitig die Einführung von Microsoft 365 als landesweite Standardlösung voranzutreiben, obwohl internationale Institutionen wie der Internationale Strafgerichtshof US-Cloud-Anbieter aus Sicherheitsgründen ausdrücklich ausschließen, welche europäischen Alternativen zu Microsoft 365 wurden geprüft (bitte begründen, warum diese verworfen wurden) und gibt es bei der Umsetzung der Entscheidung technische oder rechtliche Hürden (insbesondere mit Blick auf Datentransfer im Rahmen der Authentifizierung sowie der Nutzung von KI-Funktionen)?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob aufgrund der vertraglichen Regelungen zwischen dem Freistaat und der Firma Palantir bezüglich der Nutzung der Software VeRA der Freistaat unmittelbar oder mittelbar hinsichtlich seiner zu erbringenden Gegenleistung irgendwelche Vorteile ableiten kann, falls die dem Vertragswerk zugrunde liegende Software nach dem Vertragsschluss mit dem Freistaat in anderen (Bundes-)Ländern, in der Bundesrepublik Deutschland oder anderen Staaten zum Einsatz kommen würde – sei es in Form von Preisanpassungsklauseln, Rückzahlungs- oder Ermäßigungsregelungen oder Gewährung von sonstigen Rabatten und Liquiditätsvorteilen (z. B. Sale-and-lease-back)?

Jörg Baumann
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund, dass nach Presseberichten mehr als 50 Polizeibeamte im Rahmen des Einsatzes in Gießen Verletzungen durch linksextreme Angriffe davontrugen, wie viele bayerische Polizisten bei dem Einsatz in Gießen konkret verletzt wurden, wie schwerwiegend diese Verletzungen im Einzelnen waren, insbesondere im Hinblick auf notwendige medizinische Behandlungen, Dienstunfähigkeit oder mögliche längerfristige Folgen, und welche konkreten Einsatzumstände, taktischen Vorgaben, Gefährdungslagen oder externen Einwirkungen ursächlich zu den Verletzungen geführt haben, auch mit Blick auf mögliche politische, organisatorische oder

einsatztaktische Schlussfolgerungen, die die Staatsregierung daraus für zukünftige (länderübergreifende) Polizeieinsätze, gerade im linksextremen Spektrum, zu ziehen gedenkt?

Nicole Bäuml
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Förderung nach der Förderrichtlinie „Pflege im sozialen Nahraum – Pflege-soNahFöR“ wurden in den vergangenen fünf Jahren gestellt, wie viele Förderanträge haben in jedem Jahr einen Zuwendungsbescheid erhalten und welche Gründe sieht die Staatsregierung für Veränderungen in den Antragszahlen?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf den Bayerischen Landesbeirat für Familienfragen zur geplanten Streichung des Familiengeldes und Krippengeldes bzw. des Kinderstartgeldes und die damit verbundene künftige Mittelverwendung für die Kita-Betriebskostenförderung konsultiert hat, wurde der Landeselternbeirat über diese Entscheidung der Staatsregierung informiert und angehört (nach Art. 14a Abs. 2 Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz) und wenn ja, welche Positionen vertreten oben genannte Gremien bezüglich dieser Entscheidung?

Andreas Birzele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie eine Verlängerung und Aufstockung der Fördergelder des Sirenenförderprogramms plant, wie viele Kommunen haben bereits Mittel beantragt und warten noch auf Bewilligung und zu welchem Zeitpunkt waren die Mittel des Sirenenförderprogramms erschöpft?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die festgesetzte Erbschafts- und Schenkungssteuer (bitte getrennt ausweisen in Euro) für die jeweiligen Jahre 2017 bis einschließlich 2024 (bitte getrennt ausweisen) im Freistaat war, wie hoch waren die korrespondierenden kassenmäßigen Steuereinnahmen aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer (bitte getrennt ausweisen in Euro) für die jeweiligen Jahre 2017 bis einschließlich 2024 (bitte getrennt ausweisen) im Freistaat und wie hoch waren die korrespondierenden Steuererlasse nach der Verschonungsbedarfsprüfung gemäß § 28a Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz für die Erbschafts- und Schenkungssteuer (bitte getrennt ausweisen in Euro) für die jeweiligen Jahre 2017 bis einschließlich 2024 (bitte getrennt ausweisen) im Freistaat?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann die Planfeststellungsunterlagen für die Elektrifizierung des Filzenexpress eingereicht werden, bis wann vor Baubeginn müssen die notwendigen Unterlagen (Bauvertrag, Durchfinanzierungserklärung, GVFG-Antrag beim Bund) spätestens unterzeichnet bzw. eingereicht werden und bis wann will der Freistaat dies beim Filzenexpress vollziehen?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen (z. B. Schaffung neuer Stellen im Zentrum Bayern Familie und Soziales – ZBFS oder bei anderen Institutionen) getroffen wurden, um die geplante Auszahlung des Kinderstartgeldes zum Jahresbeginn 2026 zu gewährleisten, wieviel Kosten hat die Planung

der Einführung des Kinderstartgeldes bereits verursacht (z. B. für die Anschaffung neuer IT-Systeme) und ob der Bayerische Landesbeirat für Familienfragen zum Thema Kürzung Familien- geld / Abschaffung Kinderstartgeld getagt hat?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Standorten netzdienli- che Großbatteriespeicher über 1 Megawatt Leistung im bayeri- schen 110-kV-Hochspannungsnetz aktuell in Betrieb oder ge- nehmigt sind (bitte unter Angabe des Regierungsbezirks und der Kapazität), von welcher benötigten Kapazität geht die Staatsregie- rung im Zuge des Energieplans Bayern 2040 aus (bitte unter An- gabe des Regierungsbezirks) aus und welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um den Ausbau netzdienlicher Energiespei- cher zu fördern und die Integration von erneuerbarem Strom effi- zient zu gestalten?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die Weiterfinanzierung der Psychosozialen Zentren für Geflüchtete in Bayern nach dem Aus- laufen der AMIF-Förderung (AMIF = Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds) der Europäischen Union sowie den angekün- digten Kürzungen der Bundesregierung sicherstellen möchte, welche Maßnahmen sind angedacht, um Geflüchtete in Bayern zu versorgen, die nach dem Umsetzung der GEAS-Vorgaben (GEAS = Gemeinsames Europäisches Asylsystem) ins nationale Recht weiterhin psychosoziale Behandlung benötigen, und wie hoch sind die konkreten Finanzierungsrahmen im Haushalts- plan 2026 und 2027 für die Psychosozialen Zentren für Geflüchte- te in Bayern (bitte nicht auf die Haushaltstitel verweisen, sondern konkrete Zahlen nennen)?

Rene Dierkes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen aus Syrien, die in Bayern als Flüchtlinge anerkannt wurden, sich hier illegal auf- halten oder subsidiären Schutz genießen, wurden seit dem Sturz des ehemaligen Präsidenten von Syrien Baschar al-Assad nach Syrien zurückgeführt, welche Maßnahmen gedenkt die Staatsre- gierung hierzu für die Zukunft einzuleiten und finden nach Kenntnis der Staatsregierung diesbezüglich bereits Sondierungs- gespräche mit der neuen syrischen Regierung statt?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Staatsangehörigkeit die Tat- verdächtigen von Gewaltstraftaten, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Eigentumsdelikten, die in den ersten drei Quartalen 2025 am häufigsten, zweithäufigsten und dritthäufigs- ten erfasst wurden, haben?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie genau soll die vom Staatsminis- terium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie am 04.12.2025 angekündigte Kinderschutzhotline für Betroffene von (sexuellem) Missbrauch ausgestaltet werden (Zielsetzung, Be- troffenenkreis, inhaltliche Ausgestaltung), wo wird das Telefon angesiedelt sein und wie viele Stellen und Haushaltsmittel plant das StMAS hierfür ab 2026 ein?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da viele Maßnahmen des Bayerischen Gewässer-Aktionsprogramms 2030 (PRO Gewässer 2030) die Themen Hochwasserschutz, Ökologie und Sozialfunktion im Zusammenhang mit Fließgewässern betreffen, wie zum Beispiel intakte Auwälder sowie renaturierte Bäche und Flüsse, die das Wasser in der Fläche zurückhalten und damit sowohl Dürre und Trockenheit entgegenwirken als auch Sturzfluten und Hochwasser abschwächen, und in Kap. 12 77 des Entwurfs des Doppelhaushalts 2026/2027 die Mittel dafür im Vergleich zum Jahr 2025 im Jahr 2026 um 9 Prozent, gekürzt werden, was 41 Mio. Euro entspricht, wobei fast die gesamte Kürzung mit 40 Mio. Euro auf „PRO Gewässer 2030“ entfällt, frage ich die Staatsregierung, wie sie die Kürzungen beim Bayerischen Gewässer-Aktionsprogramm 2030 von jährlich 40 Mio. Euro begründet, welche konkreten Maßnahmen davon betroffen sind und inwieweit sich diese von den vorgesehenen Maßnahmen, die ab 2027 durch die Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt finanziert werden sollen, unterscheiden?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern die Staatsregierung in den letzten fünf Jahren Unternehmen bei Investitionen in den Auf- und Ausbau von Recyclingkapazitäten in Bayern unterstützt hat (ohne F&E-Förderung, bitte konkrete Angaben zu Empfängern, Zweck und Höhe der Zuwendung), für welche Projekte und Zwecke haben bayerische Unternehmen bisher Mittel des Bayerischen Transformationsfonds beantragt und welche Maßnahmen sind neben den vorhandenen Förderprogrammen vonseiten der Staatsregierung geplant, um neue Recyclingprozesse und -technologien künftig schneller zur Marktreife zu bringen und zu skalieren?

Sabine Gross
(SPD)

Bezüglich des Verkaufs des Grundstücks des Strafjustizzentrums München frage ich die Staatsregierung, welchen Zeitrahmen sie für die Abwicklung des Verkaufs ansetzt, wurden bereits konkrete Verhandlungen über den Verkauf mit der Stadt München aufgenommen und wie wird im Fall des Ankaufs des Grundstücks durch die Stadt München eine ausreichende Wohnraumförderung sichergestellt?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Nachdem der sogenannte Reformstaatsvertrag in Kraft getreten ist, frage ich die Staatsregierung, welche Änderungen des Bayerischen Rundfunkgesetzes und des Bayerischen Mediengesetzes sie aktuell zur Umsetzung des Staatsvertrages oder aus sonstigen Gründen beabsichtigt (bitte jeweils nach Artikel und Absatz geordnet die beabsichtigen wesentlichen Änderungen auflisten) und wann sie die Änderungsgeszentwürfe jeweils dem Landtag vorlegt?

Andreas Hanna-Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Förderanträge sind in 2025 für die Förderprogramme PflegesoNahFöR und GutePflegeFöR eingegangen (bitte auch die Zahl der bewilligten und abgelehnten Anträge sowie Gründe für die Ablehnung angeben), welche Summen wurden für die bewilligten Projekte genehmigt und sind bereits Investitionen für die pflegerische Infrastruktur der

durch die Kürzung des Landespflegegeldes frei gewordenen Mittel im Haushaltsentwurf abgebildet (falls nicht, bitte auf den Zeit- bzw. Entscheidungsfahrplan für die Verwendung der Mittel eingehen)?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da der Online-Handel mit Tieren in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr zum Umfang, den Formen und den tierschutzrechtlichen Risiken des Online-Handels mit Heimtieren vorliegen (einschließlich Importen aus dem Ausland – bitte auch Bewertung dieser einfügen), welche konkreten Maßnahmen sie plant, um den Online-Handel mit Tieren wirksam zu regulieren – insbesondere durch Identitätsprüfung der Anbieter, Registrierungspflichten, Melde- wege für Plattformen und eine bessere Kontrolle sowie Ahndung illegaler Angebote –, und wie sichergestellt wird, dass Tierheime und andere Einrichtungen, die Tiere aus problematischen Online-Käufen aufnehmen, finanziell und strukturell ausreichend unterstützt werden und in die Weiterentwicklung der tierschutzrechtlichen Regelungen zum Online-Handel einbezogen sind?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie häufig Hubschrauber der Polizei-hubschrauberstaffel Bayern in den Jahren 2020, 2021, 2023 und 2024 zur Beförderung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder eingesetzt wurden – unabhängig von der Frage, ob Einzel- oder Sammelflug –, wie hoch war in diesen Jahren jeweils die summierte Jahresflugdauer für diesen Zweck und aus welchen Gründen oder zu welcher Art von Terminen (zum Beispiel Volks- fest, Bieranstich, Vereinsfest, Jubiläumsfeier, Ehrungen, Einwei- hung oder Ähnliches) fanden diese Flüge in den jeweiligen Jahren statt?

Florian Köhler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie hinsichtlich der Initiative im Bundesrat gemäß Nr. 14 der BR-Drs. 474/25, die eine Verpflich- tung vorsieht, dass Gastronomiebetriebe und Geschäfte des tägli- chen Bedarfs neben Bargeld mindestens eine digitale Zahlungs- methode anbieten müssen, positioniert und abgestimmt hat, wieso hat sich die Staatsregierung bzgl. dieser Bundesratsinitiative so positioniert und abgestimmt und wie hoch bewertet die Staatsre- gierung die zu erwartenden Kosten und negativen wirtschaftlichen Auswirkungen für die bayerische Gastronomie und den Einzel- handel des täglichen Bedarfs einer verpflichtenden digitalen Zah- lungsoption?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst am 12.11.2025 eine signifikante Aufstockung der Ressourcen für Provenienzforschung ankündigte, frage ich die Staatsregierung, in welchen Haushaltstiteln des Entwurfs zum Einzelplan 15 die an- gekündigten Mittel (fünf neue Stellen an der „Museumsagentur“ Bayern, 1 Mio. Euro Sondermittel für die Provenienzforschung, Aussicht auf insgesamt 4 Mio. Euro für Provenienzforschung im Doppelhaushalt 2026/2027) veranschlagt sind (bitte mit Angabe der Eingruppierung der neu geschaffenen fünf Stellen sowie der betroffenen Haushaltstitel), welche langfristige Finanzierungsstra-

ategie ist für die Provenienzforschung vonseiten der Staatsregierung nach 2027 vorgesehen, insbesondere angesichts der massiven Mittelrückgänge im Entwurf bei Kap. 15 70 (z. B. 429 73-6: -66 Prozent von 2.261,7 auf 761,7 Tsd. Euro, bitte mit Angabe der Stellen und Mittel, die ab 2027 planmäßig laut Entwurf entfallen) und welche Stellen und Sondermittel werden nach 2026 in den Haushalts-Gesetzentwurf seitens der Staatsregierung eingestellt, um die historische Verantwortung Bayerns nach Ablauf der angekündigten Maßnahmen zu gewährleisten?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um sicherzustellen, dass Anträge auf Arbeitserlaubnis in allen bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten nach einheitlichen Kriterien und ohne regionale Unterschiede bewertet werden, wie viele Vollzeitäquivalente sind derzeit nach Kenntnis der Staatsregierung in den Jobcentern sowie ergänzenden Projekten zur Arbeitsmarktintegration in den Landkreisen und kreisfreien Städten tätig (bitte aufschlüsseln nach Landkreisen und kreisfreien Städten) und in welchem Umfang wurden die Landkreise und kreisfreien Städte in den vergangenen fünf Jahren personell, finanziell und in Bezug auf Weiterbildung im Bereich der Arbeitserlaubnisse gestärkt?

Oskar Lipp
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, zu konkret welchem Datum vor dem Bekanntwerden der erheblichen Verluste der Bayerischen Versorgungskammer (BVK) – also der aus US-Immobilieninvestitionen in Manhattan, Beverly Hills und Chicago resultierenden Wertberichtigungen in Höhe von bislang 163 Mio. Euro, die nach internen Angaben im schlimmsten Fall auf 700 bis 800 Mio. Euro anwachsen könnten – der Staatsminister der Finanzen und für Heimat von den Mitarbeitern der BVK oder seinen Beamten über die hohen Risiken dieser Investments sowie über das unangemessene Näheverhältnis des ehemaligen Abteilungsleiters [REDACTED] zum US-Projektentwickler [REDACTED] informiert wurde, zu welchem konkreten Datum der Staatsminister der Finanzen und für Heimat Kenntnis davon erhielt, dass nicht nur 163 Mio. Euro abgeschrieben sind, sondern dass die möglichen Gesamtverluste der BVK sich in einer Größenordnung von bis zu 700 – 800 Mio. Euro bewegen könnten, und ob die Staatsregierung vor diesem Hintergrund weiterhin an ihrem Vorhaben festhält, im Rahmen des geplanten Vierten Modernisierungsgesetzes die bisher quartalsweise vorgeschriebenen Berichte der BVK an die Staatsregierung über die Zusammensetzung ihrer Kapitalanlagen einschließlich Risiko- und Investitionsauswertungen abzuschaffen oder abzuschwächen?

Stefan Löw
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchem Zweck derzeit bzw. im kommenden Jahr die Gesundheitsämter Investitionen zur Digitalisierung tätigen werden, dienen diese Investitionen der Verknüpfung der elektronischen Patientenakten mit den Gesundheitsämtern (bitte im Detail erläutern) und welche Rechtsgrundlage gibt es hierfür?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse der Staatsregierung zum Messerangriff in der Weidener Fußgängerzone vom 29.11.2025 vorliegen, insbesondere hinsichtlich der Hintergründe und des Tatablaus sowie der Einordnung des verwendeten Einhandmessers nach geltendem Waffenrecht, der polizeilichen Lagebewertung im Hinblick auf die Gefährdungslage für unbeteiligte Dritte und der Herkunft/Staatsangehörigkeit(-en) von Täter und Opfer?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Investitionen derzeit erforderlich wären, um die Kernkraftwerke Isar 2 und Gundremmingen wieder ans Netz zu bringen, wie will die Staatsregierung die im Koalitionsvertrag angekündigte Reaktivierung der Kernkraftwerke umsetzen und welches Betreibermodell hatte die Staatsregierung bei Beschluss des Koalitionsvertrags angestrebt?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Gemeinden und Kommunen in Bayern im Jahr 2025 Weihnachtsmärkte, Weihnachtsbasare, Christkindlmärkte und ähnliche Veranstaltungen abgesagt wurden bzw. nicht wie geplant oder üblich stattfinden/-fanden, wie hoch sind die kumulierten Kosten für die Gemeinden und Kommunen in Bayern für Sicherheitskonzepte und die Umsetzung von Sicherheitsauflagen für Weihnachtsmärkte, Weihnachtsbasare, Christkindlmärkte und ähnliche Veranstaltungen im Jahr 2025 und wie hoch sind insgesamt die Fördergelder oder ist die sonstige finanzielle Unterstützung, die den Gemeinden und Kommunen in Bayern konkret zur Verfügung gestellt wurden, um die Kosten für Sicherheitskonzepte und Sicherheitsauflagen für Weihnachtsmärkte, Weihnachtsbasare, Christkindlmärkte und ähnliche Veranstaltungen im Jahr 2025 zu kompensieren?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnis sie zu den fortgesetzten Störungen am Bahnübergang Klardorf im Landkreis Schwandorf hat, gab es zur zeitnahen Behebung der Probleme einen Austausch zwischen Vertretern des Landes Bayern und der Bahn bzw. dem Bund (bitte aufschlüsseln) und inwiefern konnte die Staatsregierung zu einer konkreten Lösungsfindung für einen sicheren und störungsfreien Ablauf am Bahnübergang Klardorf beitragen?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich nach ihrer Kenntnis die Anbaufläche in Hektar für heimische Christbäume in Bayern in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat (bitte Angabe aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Landkreisen sowie nach konventionellem und ökologischem Anbau), wie hat sich nach Kenntnis der Staatsregierung der Einsatz von Pestiziden auf den konventionellen Christbaumplantagen in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte Angabe aufgeschlüsselt nach Art des Pestizids pro Jahr und Menge in Litern) und wie hat sich nach Kenntnis der Staatsregierung der Anteil an in Bayern erzeugten exportierten Christbäumen im Verhältnis zu in Bayern erzeugten und in Bayern verkauften Christbäumen in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte Angabe, aufgeschlüsselt nach Zielländern

beim Export und dem Anteil an Bio- bzw. konventionellen Christbäumen beim Export bzw. in Bayern verkaufter Ware)?

Benjamin Nolte
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gesamtkosten für die Sanierungsmaßnahmen auf der Bahnstrecke des BRB Geltendorf – Dießen am Ammersee bzw. Geltendorf – Weilheim i. Obb. im Zeitraum vom 11.08.2025 bis 13.12.2025 entstehen, entspricht der bisherige Baufortschritt in diesem Zeitraum dem vorgesehenen Zeitplan und welche Kosten fallen für den Schienenersatzverkehr in diesem Zeitraum an?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr – auch wenn die originäre Zuständigkeit überwiegend beim Bund liegt – über den aktuellen Stand und den vorgesehenen Zeitplan für die Wiederinbetriebnahme und Elektrifizierung der Sachsen-Franken-Magistrale im bayerischen Abschnitt vorliegen, welche bayerischen Behörden und Fachstellen an den Abstimmungs-, Planungs- oder Genehmigungsprozessen beteiligt sind und welcher Zeitrahmen sich nach aktuellem Kenntnisstand für Planung, Baubeginn und Fertigstellung der Maßnahmen ergibt?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Form der Unterstützung die Staatsregierung dem Ludwig-Erhard-Gipfel für 2026 und die Folgejahre bereits zugesagt hat (bitte aufschlüsseln nach Teilnahme an Speaker-Formaten, finanzieller Unterstützung sowie sachlicher und organisatorischer Unterstützung je nach Staatsministerium und staatlichen Unternehmen), welche finanziellen Leistungen (einschließlich Honorare, Förderungen oder sonstiger Zahlungen) haben die teilnehmenden Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Staatsregierung des Ludwig-Erhard-Gipfels bisher erhalten bzw. sind bis einschließlich 2026 vorgesehen (bitte pro Jahr und teilnehmenden Personen auflisten) und welche konkreten Leistungen umfassen die von „Bayern Innovativ“ für 2024 und 2025 gebuchten „erweiterten Medienpakete“ und „Bühnenformate“ (siehe dazu Anfrage zum Plenum, Drs. 19/9192, „Unterstützung des Ludwig-Erhard-Gipfels durch „Bayern Innovativ“)?

Julia Post
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund der Äußerung des Ministerpräsidenten „Insgesamt schaffen wir so 150 000 neue Plätze bei Kitas sowie 1 500 neue Lehrerstellen bei Schulen.“¹, bis wann diese 150 000 neuen Kita-Plätze geschaffen werden sollen, wo sie geschaffen werden sollen und wie viel Geld hierfür im Haushalt vorgesehen ist?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie die Finanzierung von Kinderheimen in Bayern geregelt ist, welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu Auslastung der Kinderheime, Altersstruktur der Kinder und durchschnittliche Verweildauer im Heim und welche Kenntnisse liegen der Staatsregierung vor zu Fällen, in denen Kindern und Jugendlichen das Verlassen des Heims erschwert wurde, weil finanzielle Interessen der Heimträger dem entgegen

¹ <https://www.csu.de/aktuell/meldungen/november-2025/soeder-investieren-konsolidieren-reformieren/>

standen?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob das Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft München gegen die aus China stammende Studierende der Technischen Universität München (TUM) abgeschlossen ist, das Mitte des Jahres 2025 medial öffentlich wurde, wonach es Ermittlungen wegen des Verdachts der Verletzung von Privatgeheimnissen und der Verletzung des Dienstgeheimnisses gebe und wonach es um einen TUM-Lehrstuhl gehe, der sich mit Batterieforschung und der Erforschung erneuerbarer Energien befasst, unter welchen Voraussetzungen wird in derartigen Fällen ermittelt und wie viele Verfahren zu Sachverhalten chinesischer Spionage und vergleichbaren Fällen in Bayern laufen aktuell?

Elena Roon
(AfD)

Da Bundesmittel, die dem Freistaat über das Kita-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetz (KiQuTG) zur Verfügung gestellt wurden, bisher in die anteilige Refinanzierung des Beitragszuschusses zu den Kindergartenelternbeiträgen flossen, frage ich die Staatsregierung, aus welchen Mitteln der Beitragszuschuss zu den Kindergartenelternbeiträgen in Bayern künftig finanziert wird und wie die Mittel aus dem KiQuTG künftig verwendet bzw. wo sie konkret eingesetzt werden?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Auflagen die Stadt Treuchtlingen zur Auszahlung der Bedarfszuweisung im Jahr 2024 im Einzelnen zu erfüllen hatte (bitte mit Angaben der Fristen, die hierzu gesetzt wurden), welche Auflagen hat die Stadt Treuchtlingen zur Auszahlung der Bedarfszuweisung im Jahr 2025 im Einzelnen zu erfüllen (bitte mit Angabe des Zeitpunkts, bis zu dem die Auflagen im Einzelnen erfüllt sein müssen) und wie hat sich die wirtschaftliche Situation der Stadt Treuchtlingen seit 2023 entwickelt?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der Schließung der Abteilung für Junge Erwachsene mit neurologischen und neuropädiatrischen Erkrankungen (JERWA) in der Schönklinik Vogtareuth frage ich die Staatsregierung, welchen Bedarf es ihrer Kenntnis nach in Bayern für das ambulante und stationäre Therapieangebot gibt, das die JERWA-Station bisher angeboten hat, welche Angebote es für diese besondere Patientengruppe in Bayern gibt und welche Pläne die Staatsregierung hat, um dem bayernweiten Bedarf diesbezüglich zu begegnen?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob in Umsetzung des Ministerratsbeschlusses „Online – aber sicher! Maßnahmen zur Stärkung der Cybersicherheit“ vom 26.02.2019 das angekündigte Konzept zum Aufbau eines „Cyber-Schutzschirms für den bayerischen Mittelstand“ erarbeitet wurde, wie der aktuelle Planungsstand ist und wann der Schutzschirm für Unternehmen zur Verfügung steht?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE

Ich frage die Staatsregierung, wann die vom Ministerrat am 23.01.2024 beschlossene Stärkung der Regierungen für den Zivil- und Katastrophenschutz im Umfang von 32 Vollzeitstellen umge-

GRÜNEN)

setzt wird, in welchem Umfang die Landratsämter für diese Aufgaben zusätzliches Personal im Entwurf für den künftigen Doppelhaushalt erhalten und in welchem Umfang Personalstellen für ein Landesamt für Bevölkerungsschutz bereits im Entwurf für den Doppelhaushalt eingeplant ist?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bezug auf die Vertical Indoor Farm in Bamberg, welche Staatsministerin Michaela Kaniber am 15.11.2025 in Form eines Großplakats gegenüber der Presse vorangekündigt hat, frage ich die Staatsregierung, wie viel der geplante Container (Baugenehmigung vom Bausenat der Stadt Bamberg beschlossen am 02.04.2025) kostet (aufgeschlüsselt nach allen Kostenpositionen, z. B. Anlieferung, Produkt an sich, Baugrundvorbereitung, Infrastrukturmaßnahmen), wie ist der Zeitplan für den Container der Vertical Indoor Farm (Bestellung, Anlieferung, Inbetriebnahme) und wann ist mit der Baufertigstellung der genehmigten Halle (Baugenehmigung vom Bausenat der Stadt Bamberg beschlossen am 03.12.2024) zu rechnen?

Ralf Stadler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, was kostet der Rückbau der beiden Kernkraftwerke Isar 1 und Isar 2 insgesamt und wie werden die Kosten zwischen Markt Essenbach, Preussen Elektra GmbH, dem Land Bayern und dem Bund aufgeteilt?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mittel aus dem Sonderprogramm zur Förderung von Investitionen zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote in Bayern bereits gebunden (beantragt) sind, wie viele sind abgerufen (bitte Angabe in absoluten Zahlen und prozentual, aufgeschlüsselt nach Jahren sowie Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten) und wie unterstützt der Freistaat den Ausbau der Ganztagsangebote vor Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule im Schuljahr 2026/2027?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit es beim zweistündlich verkehrenden RE 90 Nürnberg – Stuttgart zu Überlastungen kommt, wie begegnet die Staatsregierung bzw. die Bayerische Eisenbahngesellschaft diesen Überlastungen und inwieweit gibt es Überlegungen, Nahverkehrstarife im IC Nürnberg – Stuttgart anzuerkennen und Mindereinnahmen der DB durch den Freistaat auszugleichen?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Grundlage die Abschiebung von [REDACTED] (geboren am [REDACTED] in Benin City) und ihrer minderjährigen Kinder [REDACTED] (geboren am [REDACTED] in Venedig) sowie [REDACTED] (geboren am [REDACTED] in Heidelberg/Deutschland) nach Nigeria am 02./03.12.2025 vollzogen wurde (bitte ggf. genau erläutern, wenn die Familie zum Thema „Freiwillige Rückkehr“ beraten wurde, und die Integrationsleistungen auflisten), warum keine Duldung nach § 60 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) bzw. eine Duldung nach § 60a des AufenthG nicht erteilt wurde und ob die nachstehenden Behörden wie das Landratsamt Starnberg und die Gemeinde Auf-

kirchen seitens des Landesamts für Asyl und Rückführungen bzw. die Polizei benachrichtigt wurden (bitte die genaue Zuständigkeit benennen)?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Staatsregierung auf Bundesebene, damit die bayerischen Krankenhäuser nicht durch das GKV-Sparpaket belastet werden, wie erklärt die Staatsregierung in diesem Zusammenhang ihre Enthaltung zur Anrufung des Vermittlungsausschusses zum Gesetz zur Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege und wie schätzt sie diese Enthaltung im Kontext des Landtagsbeschlusses auf Drs. 19/8909 ein?

Laura Weber
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie zu den Kontakten des Bundessprechers der als rechtsextremistisch eingestuften „Identitären Bewegung“ [REDACTED] zu Politikern der AfD hat, welche Erkenntnisse ihr zur Struktur und Vernetzung der „Identitären Bewegung“ im Regierungsbezirk Schwaben vorliegen und ob sie die Stadt Augsburg mittlerweile als eine Hochburg der „Identitären Bewegung“ erachtet?

Katja Weitzel
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welcher konkreten Aufgabenstellung wurde die von der Staatsregierung eingesetzte Expertengruppe für Künstliche Intelligenz im Bereich der Hochschulen betraut, bis zu welchem Datum der Abschlussbericht dieser Expertengruppe vorliegen soll und welche Personen beziehungsweise Institutionen Mitglied in dieser Expertengruppe sind?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schulen in Bayern sich jeweils 2023, 2024 und 2025 als Profilschulen für Informatik und Zukunftstechnologien (PIZ) beworben haben (bitte nach Jahr und Schulart aufschlüsseln), wie viele davon galten nach den Kriterien als geeignet (bitte nach Jahr und Schulart aufschlüsseln) und wie viele wurden davon abgelehnt, weil die Höchstzahl der 50 Schulen pro Jahr sonst überschritten worden wäre (bitte nach Jahr und Schulart aufschlüsseln)?